

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Brexit

Erste Notfallmaßnahmen für No-Deal eingeleitet

Seite 3

## IM FOKUS

### Innere Sicherheit

EU verstärkt Anti-Terrorkampf

Seite 5

### Corona-Pandemie

EMA entscheidet noch dieses Jahr über Impfstoffzulassung

Seite 6

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 21. Januar 2021.



*Auch durch den Einsatz von Elektrobussen sollen die verkehrsbedingten Emissionen in der EU gesenkt werden.*

## NEUE TRANSATLANTISCHE AGENDA Kooperation mit den USA soll enger werden

Die Kommission hat Vorschläge für eine neue transatlantische Agenda vorgelegt, die eine engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten unter dem gewählten US-Präsidenten Joe Biden umfasst. „Wir ergreifen die Initiative, um eine neue transatlantische Agenda zu entwerfen, die der heutigen globalen Landschaft gerecht wird“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die neue Agenda setzt vier Ziele: eine verstärkte Kooperation mit Blick auf die Corona-Pandemie, engere Zusammenarbeit beim Klima- und Umweltschutz, eine Führungsrolle bei Handel und Technologie sowie globales Handeln und Sicherheit.

Transatlantische Beziehungen

## EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

### Klimapakt – Bürgerpower für ein grünes Europa

Die Kommission hat einen europäischen Klimapakt angestoßen, bei dem sich die Zivilgesellschaft an Klimaschutz und Aufbau eines grüneren Europa beteiligen können. „Mit dem Pakt wollen wir allen Menschen in Europa die Möglichkeit geben, auf ihrer jeweiligen Ebene aktiv zu werden und zu handeln, sich am grünen Wandel zu beteiligen und sich gegenseitig zu inspirieren. Wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen, kann jeder dazu beitragen und etwas ausrichten“, sagte Frans Timmermans, der für den europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der Kommission.

> Timmermans wird den Klimapakt der Zivilgesellschaft offiziell am 16. Dezember einleiten. Das Bündnis wird helfen, das Wissen über den Klimaschutz zu verbreiten und praktische Empfehlungen für Entscheidungen im Alltag geben. Der Pakt soll dabei lokale Initiativen unterstützen und sowohl Einzelne als auch Gruppen zum Einsatz für mehr Klimaschutz ermutigen.

Der Verkehr spielt eine zentrale Rolle beim Erreichen des Ziels, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Um die verkehrsbedingten Emissionen zu senken, präsentierte die Kommission ihre „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“

und einen Aktionsplan mit 82 Initiativen. Mit diesem Programm sollen die Emissionen von Treibhausgasen aus dem Verkehr bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent sinken. „Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen die Emissionen des Verkehrssektors deutlich nach unten tendieren“, sagte Timmermans und kündigte an: „Jede Verkehrsart wird grüner werden.“

Der vorgelegte Mobilitätsplan und der Aktionsplan umfassen in drei Stufen über die Jahre 2030, 2035 bis 2050 die Umstellung nahezu des kompletten Verkehrs auf emissionsfreie Antriebe (siehe Grafik auf Seite 2).

>>

“ Wir haben uns ehrgeizige Ziele für das gesamte Verkehrssystem gesetzt, um eine nachhaltige, intelligente und belastbare Rückkehr aus der COVID-19-Krise zu gewährleisten. ”

Frans Timmermans,  
Exekutiv-Vizepräsident  
der EU-Kommission

>> „Die heutige Strategie wird die Art und Weise verändern, wie sich Menschen und Güter in ganz Europa bewegen, und es einfach machen, verschiedene Verkehrsträger auf einer einzigen Reise zu kombinieren“, so Timmermans.

### Umweltfreundlichere Batterien

Für das Zeitalter der Elektromobilität legte die Kommission ihre Batterie-Strategie vor. Ziel ist es, die Batterien künftig umweltfreundlicher und nachhaltiger zu produzieren. „Mit diesem innovativen EU-Vorschlag zu nachhaltigen Batterien geben wir der Kreislaufwirtschaft im Rahmen unseres neuen Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft den ersten großen Schub“, sagte Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius.

Derzeit verursacht die Energie für die Gewinnung von Lithium und Kobalt – wichtige Schlüsselmaterialien für die Herstellung von Batterien für E-Fahrzeuge – rund 40 Prozent aller Emissionen, die ein Elektroauto während seiner gesamten Laufzeit ausstößt. „Batterien sollen künftig einen Produktpass tragen“, kündigte Sinkevičius an und

ergänzte: „Wir werden vorschreiben, dass die Rohmaterialien für die Batterieproduktion verantwortlich gewonnen werden, dass bei der Produktion der Batterien saubere Energie eingesetzt wird, dass die Batterien eine höhere Energieeffizienz haben und eine längere Lebensdauer.“

Dazu gehört auch, dass die wertvollen Batterieelemente im Rahmen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft wiederverwendet werden. „Batterien sind voller wertvoller Materialien und wir möchten sicherstellen, dass keine Rohstoffe durch Verschwendung verloren gehen. Die Nachhaltigkeit von Batterien muss mit ihrer zunehmenden Anzahl auf dem EU-Markt einhergehen“, erklärte der Umweltkommissar.

Bereits im Vorjahr hatte die Kommission staatliche Beihilfen in Höhe von insgesamt von 3,2 Mrd. Euro für ein europäisches Forschungs- und Innovationsvorhaben von sieben Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, zu allen Segmenten der Batterie-Wertschöpfungskette genehmigt. Von den europäischen Fördergeldern profitieren unter anderem Opel und BMW.

So plant Opel in einem Projekt mit dem französischen Batteriehersteller SAFT die gemeinsame Batterieproduktion in seinem Werk im pfälzischen Kaiserslautern. (pr) >|

■ Klimapakt

## Nachhaltige Mobilität

Bis 2050 will die EU die Treibhausgas-Emissionen im Verkehr um 90% reduzieren

### Bis 2030

- > Auf Europas Straßen sind mindestens **30 Millionen emissionsfreie Pkw** unterwegs.
- > **100 europäische Städte** sind klimaneutral.
- > Der **Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr** hat sich europaweit **verdoppelt**.
- > Der **Linienverkehr** auf Strecken unter 500 km ist **klimaneutral**.
- > Die **automatisierte Mobilität** wird in großem Maßstab eingeführt.
- > **Emissionsfreie Schiffe** sind marktreif.



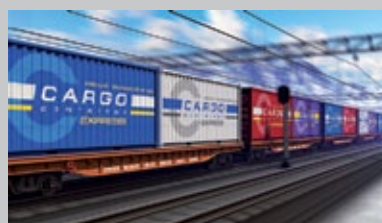
### Bis 2035

- > **Emissionsfreie Großflugzeuge** sind marktreif.



### Bis 2050

- > Fast alle **Pkw, Lieferwagen, Busse und neuen Lkw** sind emissionsfrei.
- > Der **Schienengüterverkehr** hat sich verdoppelt.
- > Das **multimodale transeuropäische Verkehrsnetz**



(TEN-V) für nachhaltigen und intelligenten Verkehr mit Hochgeschwindigkeits-konnektivität ist uneingeschränkt betriebsbereit.

## BREXIT

**Kommission leitet erste Notfallmaßnahmen für No-Deal ein**

In den Verhandlungen über den Zugang zum europäischen Binnenmarkt hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dem Vereinigten Königreich eine Frist bis zum 13. Dezember gesetzt, um die Gespräche erfolgreich abzuschließen. Zugleich leitete die Kommission erste Notfallmaßnahmen für einen möglichen No-Deal ein. „Die Verhandlungen gehen weiter“, erklärte von der Leyen nach einem Treffen mit dem britischen Premier Boris Johnson in Brüssel und ergänzte: „Wir müssen nun auf alle Eventualitäten vorbereitet sein – auch darauf, dass wir am 1. Januar 2021 kein Abkommen haben. Deshalb legen wir diese Maßnahmen vor.“ Die eingeleiteten Vorkehrungen sollen wichtige Flug- und Straßenverbindungen zum Vereinigten Königreich offenhalten sowie Schiffen der EU und des Vereinigten Königreichs Zugang zu den jeweiligen Fanggebieten ermöglichen.

Unabhängig vom Ausgang der Gespräche stehen zum Jahreswechsel wichtige Änderungen bei den Übergängen zum Vereinigten Königreich an. Daher hatte die Kommission die Mitgliedstaaten frühzeitig ermahnt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Zudem stellte sie einen Sonderfonds über 5 Mrd. Euro bereit, um mögliche Auswirkungen abzufedern, sollte das Vereinigte Königreich den Binnenmarkt verlassen müssen.

#### Notfallmaßnahmen

## LEHREN AUS MORIA

**Neues Aufnahmezentrum auf Lesbos**

Die EU und Griechenland wollen bis September 2021 auf der Insel Lesbos ein neues, menschenwürdiges Aufnahmezentrum für Migranten und Flüchtlinge erstellen. Das vereinbarten die Kommission und die griechische Regierung. „Mit unserer heutigen Übereinkunft arbeiten Europa und Griechenland Hand in Hand für die Menschen auf den Inseln“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ergänzte: „Die Steuerung der Migration ist eine europäische Herausforderung, heute setzen wir die europäische Solidarität in die Praxis um.“

Die Vereinbarung gehört zu einer Reihe von Initiativen, die die Kommission vorantreibt, um die Notlage nach den Bränden in Moria zu bewältigen. So hatte Griechenland bereits 121 Mio. Euro an EU-Fördermitteln für den Bau von drei kleineren Aufnahmezentren auf den Inseln Samos, Kos und Leros erhalten, die ebenfalls bis September 2021 fertig sein sollen. „Es geht auch um schnelle und faire Verfahren, so dass die Zentren das sind, was sie sein sollten: nur ein vorübergehender Halt vor der Rückführung oder Integration“, bekräftigte die Präsidentin.

#### Gemeinsames Aufnahmezentrum auf Lesbos

## RASSISMUS

**Europa steht fest gegen Antisemitismus**

Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas hat die Erklärung der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Antisemitismus in Europa begrüßt. „Europa steht firm gegen alle Formen des Antisemitismus. Jüdisches Leben ist und wird immer Teil der europäischen Gesellschaften und unserer Lebensweise sein“, erklärte Schinas und fügte hinzu: „Ich begrüße diese Erklärung, die darauf abzielt, das Bewusstsein auf allen politischen Ebenen zu schärfen, um Antisemitismus zu verhindern und zu bekämpfen.“

Die Kommission werde im kommenden Jahr eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus vorlegen. Schinas forderte die Mitgliedstaaten auf, den Verpflichtungen in der Erklärung konkrete Aktionen folgen zu lassen. Die Erklärung unterstreiche, „dass die Mitgliedstaaten die Pflicht haben, die Sicherheit der jüdischen Gemeinden und Institutionen zu gewährleisten. Sie erkennt auch die Bedeutung der Definition von Antisemitismus der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken als Leitfaden dafür an, diese Geißel besser zu identifizieren und zu bekämpfen.“

#### Vorgehen gegen Antisemitismus

## VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN

**Kommission dringt auf Unabhängigkeit der Richter in Polen**

Die Kommission hat weitere Schritte eingeleitet, um die Unabhängigkeit der Richter in Polen sicherzustellen. Im Zuge eines Vertragsverletzungsverfahrens ging ein ergänzendes Aufforderungsschreiben an Polen. Die Kommission macht darin deutlich, dass die Unabhängigkeit der Richter der Disziplinarkammer des obersten polnischen Gerichtshofes weiterhin nicht gewährleistet sei. Der Europäische Gerichtshof hatte die Kammer im Mai aufgefordert, die Arbeit bis zur Klärung der Vorwürfe auszusetzen. Die polnische Regierung hatte das Urteil missachtet und Polens höchstem Gericht zugestanden, weitere Entscheidungen zu fällen, so zum Beispiel zur Aufhebung der Immunität von Richtern mit dem Ziel, diese gegebenenfalls rechtlich zu belangen. Mit dem Schreiben an Polen wird ein weiterer Punkt zu dem Vertragsverletzungsverfahren hinzugefügt, das im April dieses Jahres wegen der Justizreform in Polen eingeleitet worden war. Die polnische Regierung muss innerhalb eines Monats auf die Mahnung reagieren.

#### Schutz der richterlichen Unabhängigkeit

EIN JAHR IM AMT

## Von der Leyen: „Wir haben ein außergewöhnliches Jahr hinter uns“



Credit © European Union, 2020

Zum ersten Jahrestag ihrer Präsidentschaft hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die außerordentlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie hervorgehoben. „Wir haben ein außergewöhnliches Jahr hinter uns“, erklärte sie in einer Online-Fragerunde mit Europäerinnen und Europäern. Ihre Kommission war zum 1. Dezember 2019 ins Amt gekommen. Zu den Schwerpunkten der neuen Kommission im ersten Amtsjahr zählten neben der Koordinierung in der Pandemie die Digitalisierung und der Grüne Deal, der Europa bis 2050 klimaneutral machen soll, hob Jörg Wojahn, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, in einer Diskussion mit Bundestagsabgeordneten hervor.

Die Kommission koordinierte auch die konkrete Krisenreaktion der EU in der Corona-Krise: Beschaffung und Verteilung von Ausrüstung, Rückführung gestrandeter Europäerinnen und Europäer und Sicherung eines Impfstoffs.

Ein Jahr Kommission von der Leyen

MENSCHENRECHTE

## EU verabschiedet neue Sanktionsregeln

Die Mitgliedstaaten der EU haben einer Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zugestimmt und ein neues Sanktionsregime bei Menschenrechtsverstößen verabschiedet. Dadurch wird die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen künftig erleichtert. Von einer „wegweisenden Entscheidung“ sprach Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Er fügte hinzu: „Dies wird es der Europäischen Union erlauben, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen weltweit zu bekämpfen.“

Das neue Instrument ermöglicht es der EU, Menschenrechtsverstöße auch zu ahnden, wenn diese im Land des Vergehens nicht verfolgt werden. Möglich sind unter anderem ein Einreiseverbot in die EU, das Einfrieren von Vermögenswerten oder ein Ausschluss von EU-Fördermitteln.

Sanktionsregelungen

LÖSUNGSVORSCHLAG ZU HAUSHALTS-BLOCKADE

## Polen und Ungarn lenken ein

Vor dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten haben Polen und Ungarn eine Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 und dem gesamt-europäischen Aufbauplan NextGenerationEU signalisiert. Erstmals soll die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien geknüpft werden.

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten hatten sich im Juli auf Initiative von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf ein Rekordbudget über die kommenden sieben Jahre von rund 1,8 Bio. Euro verständigt, davon 750 Mrd. Euro für den Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU. Kommission, Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament einigten sich bereits auf einen Haushalt für das Jahr 2021. Die Vereinbarung sieht Mittelbindungen in Höhe von 164 Mrd. Euro und Zahlungen in Höhe von 166 Mrd. Euro vor.

EU-Haushalt

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2020

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2020



## INNERE SICHERHEIT

# EU verstärkt Anti-Terrorkampf

Die Kommission hat dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs eine neue Anti-Terror-Strategie vorgelegt. Diese zielt darauf ab, Radikalisierung vorzubeugen, öffentliche Räume zu schützen und die europäische Polizeibehörde Europol zu stärken. „Die Gewährleistung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU ist eine gemeinsame Verantwortung, zu der alle ihren Teil beitragen müssen“ sagte Margaritis Schinas, der für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständige Kommissionsvizepräsident, bei der Vorstellung des ersten Jahresberichts zur neuen Sicherheitsunion für die Jahre bis 2025.

> In ihrem ersten Fortschrittsbericht appelliert die Kommission an die Mitgliedstaaten, die bestehenden EU-Vorschriften im Kampf gegen Terror und seine Finanzierung, die Verbreitung von Feuerwaffen und Geldwäsche konsequenter umzusetzen. „Wir verfügen über ein solides Instrumentarium von Sicherheitsvorschriften auf EU-Ebene, das über zwei Jahrzehnte hinweg aufgebaut wurde. Diese Vorschriften nützen aber niemandem, wenn sie nicht wirksam und konsequent in die Praxis umgesetzt werden“, ermahnte Schinas die Mitgliedstaaten, getroffene Vereinbarungen schneller umzusetzen.

## Schwachstellen ermitteln

Die neue EU-Agenda für Terrorismusbekämpfung baut auf den Arbeiten der vergangenen Jahre auf und soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, terroristische Bedrohungen besser zu antizipieren und zu verhindern sowie davor zu schützen und darauf zu reagieren. Zugleich präsentierte die Kommission eine Überarbeitung des Mandats für die gemeinsame Polizeibehörde Europol. „Terroristische Angriffe zielen gegen unsere Gesellschaft, gegen unsere Werte und gegen unsere Freiheit“, sagte die für Inneres zuständige Kommissarin Ylva Johansson.

Die neue Agenda umfasst unter anderem:

> **Antizipation:** Die neue Strategie setzt auf mehr Kooperation und Vernetzung. Um Bedrohungen besser zu antizipieren und Sicherheitslücken aufzuspüren, werden die Mitgliedstaaten ermuntert, ihre Daten und Erkenntnisse untereinander und mit dem EU-Zentrum für Informationsgewinnung und Lageerfassung (EU INTCEN) zu teilen. „Wir brauchen einfachere Systeme, die miteinander verknüpft sind, eine Datei für alle 27 Mit-



© D Busquets / Shutterstock.com

gliedstaaten“, mahnte Johansson eine engere Verzahnung bestehender Datenbanken der Mitgliedstaaten an.

> **Prävention:** Die neue Agenda setzt auf Deradikalisierung. So soll Terrorpropaganda schneller aus dem Internet gelöscht werden. „Wir wollen, dass die Mitgliedstaaten extremistische Inhalte innerhalb einer Stunde aus dem Netz entfernen“, so Johansson. Darüber hinaus sollen Deradikalisierungsprogramme in Kommunen und Haftanstalten unterstützt werden.

> **Protektion:** Die EU will den öffentlichen Raum, – darunter Kirchen, Synagogen und Moscheen – durch maßgeschneiderte Sicherheitskonzepte („Security by Design“) besser schützen. Auch Gesichtserkennung auf öffentlichen Plätzen sei eine Option. Europas Städte sollen sich zudem untereinander besser über Sicherheitskonzepte austauschen. Auch kritische Infrastrukturen wie Verkehrsknotenpunkte, Kraftwerke oder Kliniken sollen besser gegen potenzielle Angriffe geschützt werden. „Dank gezielter Maßnahmen werden wir noch besser gegen Radikalisierung vorgehen und unseren öffentlichen Raum vor Anschlägen schützen“, sagte Schinas.

> **Ein- und Ausreisekontrollen:** Alle, die in die EU einreisen – EU-Bürger und Drittstaatsangehörige – müssen anhand einschlägiger Datenbanken überprüft werden. „Wir müssen wissen, wer in die EU kommt und wer sie verlässt“, sagte Johansson. Über eine Reform des Visa-Informationssystems hatten sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament bereits verständigt. So sollen Grenzbeamte auf alle Informationen zugreifen können, um potenzielle Gefährder bereits bei der Einreise zu erkennen. (pr) >|

*Fahrzeugsperren rund um den Berliner Breitscheidplatz, wo 2016 ein Terrorangriff auf den Weihnachtsmarkt viele Opfer forderte.*

## Stärkeres Mandat für Europol

Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet, um das Mandat der europäischen Polizeibehörde Europol zu stärken. So soll die Behörde künftig mit privaten Unternehmen zusammenarbeiten können. Terroristen missbrauchen häufig Dienstleistungen privater Firmen, etwa um Attentäter zu rekrutieren, Anschläge zu planen und Propaganda zu verbreiten, die dann Nachahmer auf den Plan ruft. Das überarbeitete Mandat wird Europol dabei helfen, wirksam mit diesen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Auch soll Europol künftig die Koordinierung übernehmen, wenn zwischen Mitgliedstaaten Unklarheiten über die Zuständigkeiten bei Ermittlungen besteht.

COVID-19

# Arzneimittel-Agentur entscheidet noch dieses Jahr über Impfstoffzulassung

Die Entscheidung über die Zulassung eines Corona-Impfstoffs in der EU fällt noch in diesem Jahr. „Falls wir am 29. Dezember zu dem Ergebnis kommen sollten, dass die Vorteile dieser Impfung mögliche Risiken überwiegen, würden wir eine bedingte Marktzulassung empfehlen“, sagte Emer Cooke, die Präsidentin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA).



© Giovanni Cancemi / Shutterstock.com

*Noch im Dezember wird die Europäische Arzneimittel-Agentur über die Zulassung des Corona-Impfstoffs der Pharmahersteller BioNTech und Pfizer entscheiden.*

> Der Mainzer Pharmahersteller BioNTech und sein Partner Pfizer sowie das Unternehmen Moderna hatten zuvor bei der EMA eine Zulassung ihrer Corona-Impfstoffe beantragt. Die EMA wird im Fall BioNTech-Pfizer am 29. Dezember ihre Bewertung vorlegen, für das Moderna-Präparat erfolgt die Beurteilung im Januar 2021. Urteilt die EMA positiv, kann die Kommission binnen weniger Tage die europaweite Zulassung für die Impfstoffe erteilen. Parallel dazu bereiten sich die EU-Staaten auf Impfkampagnen vor. „Es ist definitiv eine herausfordernde Zeit – aber auch eine gute Möglichkeit, um zu beweisen, dass wir alles tun, um die Gesundheit der Bürger zu schützen“, stellte Cooke klar.

Die EMA prüft die Freigabe der Medikamente bereits seit Mitte Oktober in einem sogenannten Rolling-Review-Verfahren, in das ständig Ergebnisse aus den klinischen Tests der Impfstoffe einfließen. „Es geht in der EU um eine bedingte Marktzulassung. Diese erteilen wir nur, wenn wir uns sicher sind, dass das Produkt sicher, qualitativ hochwertig und wirksam ist. Wenn wir wissen, dass es in gleichbleibender Qualität produziert werden kann und der Bevölkerung in der EU wirklich nützt“, sagte Cooke der Zeitung „Die Welt“.

Grundsätzlich können Mitgliedstaaten ein Arzneimittel auf ihrem Hoheitsgebiet auch über eine

Notfallzulassung freigeben. Im Fall unerwünschter Nebenwirkungen haften dann aber die Staaten, nicht der Hersteller. Deutschland hatte dieses Verfahren zum Beispiel im Frühjahr bei der Zulassung des Mittels Remdesivir gewählt, das sich inzwischen als wenig effektiv im Kampf gegen Corona erwiesen hat.

Die Kommission verhandelte federführend für die Mitgliedstaaten die Verhandlungen mit den Impfstoffherstellern. Mit sechs Unternehmen – darunter die deutschen Pharmafirmen CureVac und BioNTech – konnte so die Lieferung von knapp zwei Milliarden Impfdosen für die Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

## Strikte Maßnahmen im Winter nötig

Zugleich hielt die Kommission die Mitgliedstaaten zu strikten Vorkehrungen gegen die Pandemie an. „In diesem Jahr muss das Retten von Leben Vorrang vor dem Feiern haben. Dass uns bald Impfstoffe zur Verfügung stehen, macht Hoffnung“, mahnte Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bei der Vorlage einer Corona-Strategie für die Wintermonate. Zudem stimmten die EU-Staaten einer Initiative der Kommission zu, Testkits und Impfstoffe von der Mehrwertsteuer zu befreien.

In ihrer Strategie „COVID-19 – sicher durch den Winter“ setzt die EU auf dauerhafte Beschränkungen. „Angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, dass COVID-19-Fälle bei einer Lockerung von Maßnahmen über die Festtage zunehmen, sollten die EU-Staaten sicherstellen, dass ihre Gesundheitssysteme für eine mögliche Zunahme der Aufnahmezahlen bereit sind“, heißt es in der Empfehlung der Kommission.

Im Einzelnen beinhaltet der Vorstoß unter anderem Empfehlungen zu Abstandhalten und Kontaktbeschränkungen, Tests und Kontaktnachverfolgung sowie Vorschläge für ausreichend Kapazitäten der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten. „Wir können nicht das Risiko eingehen, dass Weihnachten oder die Feiern zu Neujahr Super-Spreading-Events werden“, warnte Kyriakides. (pr) >|

■ Corona-Strategie

## Bessere Standards für Antikörper-Testkits

Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission hat zwei neue Referenzmaterialien entwickelt, die COVID-19-Antikörpertests verbessern. Die neuen Standards für Messverfahren ermöglichen es Laboren europaweit, schneller und besser zu überprüfen, ob die verwendeten Antikörpertests korrekt funktionieren.

Die Kommission hatte zuvor bereits Empfehlungen für gemeinsame Standards von Corona-Schnelltest veröffentlicht. Für den Ankauf von Antigen-Schnelltests stellt die Kommission 100 Mio. Euro zur Verfügung.

## KAMPF GEGEN DESINFORMATION

# Kommission will Demokratie und Meinungsvielfalt in Europa stärken

Mit einem Europäischen Aktionsplan für Demokratie will die Kommission die Meinungsfreiheit stärken und die Pluralität unabhängiger Medien in Europa fördern. „Demokratie kann nicht als selbstverständlich angesehen werden; sie muss als Wert geschätzt und geschützt werden“, sagte Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová. Die Demokratie und die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sei unter Druck geraten, führte Jourová aus und erinnerte an zunehmende extremistische Tendenzen, mangelnde Transparenz über die Urheber von Internet-Nachrichten oder den Versuch, demokratische Wahlen durch gezielte Desinformation im Netz zu beeinflussen.

> Im Einzelnen sieht der Aktionsplan vor:

> **Schutz der Integrität von Wahlen in der EU:** Bereits im kommenden Jahr präsentiert die Kommission Vorschläge, die faire digitale Wahlen garantieren sollen. So soll die politische Werbung im Internet transparenter werden. „Wir müssen wissen, wer hinter politischen Kampagnen im Netz steckt“, erklärte Jourová. Auch für das Mikrotargeting – personalisierte Werbung im Internet auf der Basis des Userverhaltens – will die Kommission im Umfeld von Wahlen strenge Regeln erlassen. „Politische Visionen sind keine Ware“, stellte Jourová klar. Zudem soll im europäischen Parteienstatut mehr Transparenz bei der Finanzierung politischer Gruppierungen verankert werden. Die neuen Initiativen könnten bereits bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 greifen.

> **Mehr Medienpluralität und Meinungsfreiheit:** Die Digitalisierung stellt viele Verlage vor ökonomische Herausforderungen. „Die Corona-Pandemie hat diese Tendenzen noch verstärkt“, sagte Jourová. Die Kommission will die Unabhängigkeit der Medien fördern und Journalisten besser schützen. So ist im kommenden Jahr ein Vorstoß zur Sicherheit von Medienschaffenden geplant, ferner sollen Journalisten besser gegen gezielte Verleumdungsklagen, sogenannte SLAPP-Klagen, geschützt werden. Allein die 2017 in Malta ermordete Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia „sah sich 47 Verleumdungsklagen ausgesetzt“, führte Jourová aus. Mit dem Aktionsplan für die Medien und den audiovisuellen Sektor will die Kommission auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Verlagen im digitalen Zeitalter



sichern. Zudem soll mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Medienunternehmen und der Vergabe öffentlicher Anzeigen geschaffen werden. „Anzeigen der öffentlichen Hand oder von Staatsunternehmen können nicht bevorzugt in Medien erscheinen, die mit der Regierung eines Landes sympathisieren“, mahnte Jourová.

*Demokratie müsse als Wert geschätzt und geschützt werden, sagte Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová.*

“ Unser Plan zielt darauf ab, die sinnvolle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu fördern, damit sie ihre Entscheidungen im öffentlichen Raum frei und ohne Manipulation treffen können. ”

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

> **Kampf gegen Desinformation:** Bereits im Vorfeld der jüngsten Europawahlen 2019 hatte die Kommission Vorkehrungen gegen falsche Nachrichten im Netz getroffen. So hatte sie mit Internetunternehmen einen freiwilligen Verhaltenskodex vereinbart. Dieser sieht vor, dass Unternehmen wie Google und Facebook regelmäßig einen freiwilligen Bericht über Desinformationen auf ihren Webseiten vorlegen. Aus dieser freiwilligen Selbstverpflichtung soll künftig eine Vorgabe werden. Entsprechende Vorschläge dazu legt die Kommission bereits im kommenden Frühjahr vor. Nach dem Willen der Kommission sollen Online-Plattformen zudem deutlich mehr Verantwortung für die Inhalte übernehmen, die über ihre Seiten verbreitet werden, etwa über die finanzielle Haftung bei Falschnachrichten. (pr) >|



## BARRIEREFREIE STÄDTE

**Bremerhaven gewinnt zweiten Platz**

Bremerhaven hat beim EU-Preis für die barrierefreie Stadt (Access City Award) den zweiten Platz erreicht. Die Bremerhavener Bewerbung überzeugte die Jury vor allem durch ein vielfältiges Tourismus- und Freizeitangebot, das unterschiedliche Zielgruppen von Menschen mit Behinderungen erreicht. Mit dem Preis zeichnet die Europäische Kommission Städte aus, die erfolgreich daran arbeiten, den gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zum städtischen Leben zu fördern.



© Shutterstock

Gewinner ist Jönköping in Schweden, das in Zusammenarbeit mit Behindertenorganisationen seine Stadtviertel kontinuierlich besser zugänglich gemacht hat. Die Stadt hat außerdem einen lokalen „Access City Award“ für Unternehmen und Organisationen ins Leben gerufen.

■ *EU-Wettbewerb für barrierefreie Städte*

## KOCH-ROADSHOW

**Neue Rezepte für Europa**

In der kulinarisch-politischen Reihe „Wir kochen Europa“ präsentieren europapolitische Akteure und Akteurinnen ihre Kochkünste. Die Europäische Akademie als Ausrichter stellt die Zutaten, die widerspiegeln, an welchen Themen die Mitgliedstaaten gerade besonders zu knabbern haben, inklusive Rezeptvorschlag. Ob die Gäste diesen Rezepten folgen oder neue kreative Ansätze liefern, können die Zuschauer live mitverfolgen. Und dass auch sie ihren Senf dazugeben, ist dabei ausdrücklich erwünscht.



© Shutterstock

Am 15. Dezember geht Botschafter Axel Dittmann, Beauftragter für EU-Grundsatzfragen, Brexit und Koordinierung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Auswärtigen Amt, in die abschließende vierte Runde. Im Gespräch mit Renate Krekeler-Koch wird ein Rezept für Europa zubereitet und live auf Facebook gestreamt.

■ *Koch-Roadshow*

## EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

**Online-Portal für Teilnehmer und Interessenten**

Wer sich bereits beim Europäischen Solidaritätskorps angemeldet hat oder überlegt, dies zu tun: Für alle Teilnehmer des Europäischen Solidaritätskorps gibt es jetzt eine Online-Trainingsplattform. Die Plattform bietet praktische Tipps für die Vorbereitung eines Einsatzes, zu Freiwilligendiensten, Praktika, Jobs und interkulturellem Arbeiten. Wer bereits von seinem Einsatz mit dem Solidaritätskorps zurückgekehrt ist, findet Ideen, wie es jetzt weitergehen kann mit Ausbildung und Beruf.

■ *Zum Online-Portal*



© Shutterstock

## I-PORTUNUS

**Kulturschaffende können sich um EU-Förderung bewerben**

Die Europäische Kommission hat zwei Aufrufe zur Einreichung von Bewerbungen für das Pilotprojekt zur Künstlermobilität i-Portunus veröffentlicht. Die aktuellen Aufrufe betreffen Musik und literarische Übersetzung und sind bis zum 28. Februar 2021 offen. Anfang 2021 werden drei weitere Aufrufe zur Einreichung von Bewerbungen veröffentlicht, die die Bereiche Architektur, kulturelles Erbe und wiederum Musik abdecken.

Wenn die Bedingungen es erlauben, wird i-Portunus Künstlerinnen und Künstler zwischen Juni/Juli und November 2021 für einen Zeitraum zwischen sieben und 60 Tagen mit einem Höchstbetrag von 3.000 Euro für Auslandsreisen unterstützen. Mit einem spezifischen Budget von 500.000 Euro wird die Mobilität von rund 200 Künstlern im Rahmen der fünf Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen unterstützt. Diese Aktionen werden vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten nachdrücklich unterstützt und sind in der neuen europäischen Kulturagenda enthalten.

■ *i-Portunus*